

ABSCHLUSSBERICHT

Thema der Fachkonferenz:

„Globale Herausforderungen: Gemeinsame Werte und Interessen aus einer Transatlantischen Perspektive“

Orte: Cadenabbia, Italien

Datum: 1. bis 5. Juni 2014

Bildungsmaßnahme: BM14-008 AA

Die Konrad Adenauer Stiftung Washington organisierte in Kooperation mit der Konrad Adenauer Stiftung Brüssel eine mehrtägige Fachkonferenz vom 1. bis 5. Juni 2014 in der KAS Tagungsstätte in Cadenabbia, Italien. Zu den Teilnehmern gehörten politische Fachleute und Entscheidungsträger von beiden Seiten des Atlantiks. Im Vordergrund stand, gemeinsame Werte und Ziele für aktuelle globale Herausforderungen zu Sicherheits-, Energie- und Handelspolitik zu diskutieren sowie mögliche gemeinsame Lösungswege zu finden.

Bereits zum zweiten Mal organisierten das Büro der KAS in Washington und das Europabüro Brüssel gemeinsam einen Workshop in Cadenabbia, um aktuelle Fragen der transatlantischen Agenda mit amerikanischen und europäischen Politikern und Vertretern von Think Tanks und NGO's zu diskutieren. In diesem Jahr standen u. a. die Diskussionen um die derzeit verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die EU nach der Wahl, strategische Energiefragen sowie die Auswirkungen der Enthüllungen Edward Snowdens auf der Tagesordnung. Einen besonderen Schwerpunkt bildete zudem der Austausch über die Folgen der russischen Annexion der Krim sowie die Entwicklungen in der Ukraine.

Als Auftakt zur Fachkonferenz diente die Keynote von Peter Beyer MdB während eines Eröffnungsabendessens mit den Teilnehmern, bei der er eine Übersicht der gegenwärtigen transatlantischen Themen gab. Während dieser Ansprache betonte er die anhaltende Bedeutung transatlantischer Kooperationen und des Wertaustausches, vor allem wegen der Herausforderungen, die sich während der Ukraine-Krise verdeutlicht haben. „Jetzt mehr denn je, wird eine starke transatlantische Partnerschaft benötigt, bei der nicht zuletzt auch Handelsbeziehungen, die mit TTIP gestärkt werden würden, eine große Rolle spielen.“ Mit den Wahlen des EPs im Mai diesen Jahres und die Stärkung mancher Randparteien betonte Beyer zunehmende Skepsis von einer engeren transatlantischen Zusammenarbeit. Dies könnte die Ratifizierung eines Freihandels-abkommens wie TTIP erheblich erschweren.



Am ersten Veranstaltungstag wurden wirtschaftspolitische Themen aus US- und EU-Perspektiven behandelt, welches mit dem Freihandelsabkommen, dem sogenannten Transatlantic Trade and Investment Partnership, eröffnet wurde. Die Teilnehmer des Panels setzten sich für eine nachhaltige Beziehung zwischen den USA und der EU und für die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen ein. In Anbetracht der weitreichenden positiven Effekte von TTIP auf dem Arbeitsmarkt, müsse nun verstärkt auch von Politikern beider Seiten des Atlantiks ihre

Unterstützung für dieses Freihandelsabkommen deklariert werden. Auch sollten multinationale Konzerne die Vorteile von TTIP deutlicher machen. Es wurden zwei Fakten vorgestellt, die die Umsetzung von TTIP wesentlich beeinflussen: Erstens haben vergangene Verhandlungen für Freihandelsabkommen gezeigt, dass die USA nie weniger als fünf Jahre für die Vervollständigung solcher Abkommen gebraucht hat. Die TTIP-Verhandlungen laufen erst seit letztem Sommer. Des Weiteren ist das Jahr 2014 von Wahlen in den USA und für das Europäische Parlament geprägt, welches die Verhandlungen behindere.

Auf dem Panel zum Thema der Zukunft der Bankensysteme wurden die Entwicklungen seit der Finanzkrise in 2008 in den USA sowie der EU erläutert. Die Reformierungen beider Systeme zielten laut der Panelisten auf den Schutz der Steuerzahler ab, die nicht noch einmal mit Steuermitteln für einen Bankenrettung bürgen sollten.


Das Energiepanel bekam durch die Ukraine-Krise eine neue Dynamik. Neben den üblichen Themen der Energiepolitik wie Klimawandel und erneuerbare Energien, ist nun auch die Energiesicherheit ein bedeutender Faktor der bei weiteren Reformen berücksichtigt werden muss. Viele Teilgebiete dieser Thematiken wurden während des Austausches angesprochen: Mit der Liberalisierung des europäischen Energiemarktes müssen Produktion und Transport von Elektrizität und Erdgas von zwei unabhängigen Instanzen geregelt werden. Zusätzlich sind weder die Strominfrastruktur noch die Anbieter in den Händen von Regierungen. Zudem gebe es keine übergreifenden rechtlichen EU-Rahmenbedingungen. Demnach seien schnelle Reformen nicht leicht umsetzbar.

Vor der Ukraine-Krise war der Klimawandel ein wesentlicher Faktor in der Gestaltung der deutschen wie auch EU-Energiepolitik. Für die EU spielt Energiesicherheit nun auch eine größere Rolle, wie sie es schon immer in den USA tat.

Der zweite Tag widmete sich ausschließlich der Außen- und Sicherheitspolitik aus einer transatlantischen Perspektive. Der Workshop zum Thema Cyber Sicherheit und die Rolle des Staates und der Wirtschaft verdeutlichte wie stark digitale Kommunikation in den Händen von Privatfirmen ist und zugleich für nationale Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt wird. Gleichzeitig gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen der kontroversen massenhaften Ausspähung von Bürgern und der steigenden Anzahl von Hacker-Angriffen auf Computernetzwerke. Die Rolle der Regierung wird hier auf beiden Seiten des Atlantiks seit der Snowden-Affäre intensiv hinterfragt. Unter anderem wurde die Frage aufgeworfen, darf man, nur weil man die Fähigkeit besitzt alle Arten von digitaler Kommunikation aufzufassen, dies auch ohne Kontrollmechanismen tun. Einer der US-Teilnehmer hatte diese Diskussion zum Anlass genommen, einen Artikel für die amerikanische Presse zu verfassen, in dem er die bisherige Vorhergehensweise der Spionage unter Freunden scharf kritisierte (mit folgendem Link ist einer dieser Artikel zu finden: <http://www.usnews.com/opinion/articles/2014/08/18/oversight-free-spying-on-allies-like-germany-hurts-us-intelligence>).

Die Rolle der Regierung in der Bekämpfung von internationalem Terrorismus bringt automatisch die Frage auf, wie kann der Staat sowohl Sicherheit und gleichzeitig Freiheit seinen Bürgern gewährleisten. Dieses Spannungsverhältnis ist durch die US-Spionageaffäre nun zu einem transatlantischen Wertekonflikt eskaliert. Auch in den USA ist das Spannungsverhältnis nun zu einer politischen Auseinandersetzung im US-Kongress geworden. Selbst US-Abgeordnete, wie Senatorin Feinstein, ist von der CIA-Überwachung nicht verschont geblieben. Neue Gefahrenlagen bzw. veränderte Risiken in der Welt könnten eine „Rebalancing“ der Werte von Freiheit und Sicherheit verlangen. Ein Teilnehmer hat auch verdeutlicht, wie nationale historische Erfahrungen und Ereignisse die Wertewahrnehmung von Sicherheit und Freiheit in den jeweiligen Ländern stark geprägt haben. Zugleich wurde auch darauf hingewiesen, dass Politiker ehrlicher und offener über den Anstieg des Gefahrenpotentials von terroristischen Angriffen reden müssen, um in der Öffentlichkeit für ein besseres Verständnis für erhöhte Sicherheitsvorkehrungen sorgen zu können.

In Anbetracht der Ukraine-Krise war die Diskussion in diesem Workshop von aktuellen Ereignissen beeinflusst. Die Einverleibung der Krim sei eine *fait accompli* und die meisten Länder waren von der militärischen Aggression Russlands überrascht. Russland verfolge ganz konkrete Ziele, die der Westen nicht unterschätzen dürfe: Russland und zwei ehemaligen Ex-Sowjetrepubliken, Weißrussland und Kasachstan, haben eine Eurasische Wirtschaftsunion nach langjährigen



Verhandlungen im Frühjahr 2014 gegründet. Die Ukraine war ursprünglich auch als Mitglied vorgesehen. Putins Handeln scheint sich auf folgende Prämissen zu beruhen: die EU ist mit sich selbst beschäftigt; NATO als große Bürokratie kann nur langsam auf neue Drohungen reagieren; Länder werden nur ungern auf einen weiteren internationalen Konflikt eingehen, hier insbesondere die USA; und der Westen wird nur ungern scharfe Wirtschaftssanktionen erheben. Die Gefahr bestünde, sollte die westliche Welt erfolglos sein Russlands aggressives Verhalten einzudämmen, könnten andere Länder Russland nachahmen. Es sei nun wichtig eine effektive Zusammenarbeit und eine Krisenmanagementstruktur zwischen den wichtigsten Ländern zu kreieren.

Die transatlantische Fachkonferenz regte die Teilnehmer zum Nachdenken über viele Aspekte einer Neuausrichtung für eine gemeinsame transatlantische Partnerschaft an. Diskutiert wurde auch über die Rolle des Westens und die Verteidigung gemeinsamer Werte: Ein Fazit des Treffens war, dass Freiheit nicht zum Nulltarif verfügbar ist - „Freedom is not free“ –, sondern einen gemeinsamen Einsatz erfordert. Ein Amerikaner fasste den Workshop so zusammen: „We have more in common than we give ourselves credit for.“ Die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, mit Projekten wie diesem, Entscheidungsträger auf beiden Seiten des Atlantiks durch das Erkennen von gemeinsamen Werten zusammenzuführen. Ein stärkerer Austausch über gemeinsame globale Herausforderungen wird in Zukunft ein wichtiges Anliegen von vielen der Teilnehmer und deren zugehörigen Think Tanks sein. Anstoß dafür war nicht zuletzt diese zweite Fachkonferenz organisiert von den KAS-Büros in Washington und Brüssel.